



Forschung über Mikroplastik in den Ozeanen kann beginnen

Forschung über Mikroplastik in den Ozeanen kann beginnen
Europäische Forschungsverbände stehen fest / Wanka: "Deutschland ist Vorreiter in der Forschung über Plastikmüll im Meer"
Die Ökosysteme von Meeren und Ozeanen sind zunehmend mit Müll belastet. Um dieser Herausforderung zu begegnen, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung das europaweite Forschungsprogramm "Mikroplastik in marinen Systemen" initiiert. Forscher in den zehn beteiligten Ländern (Belgien, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien und Deutschland) waren seit Februar aufgerufen, sich an dem Programm zu beteiligen. Insgesamt gingen 21 Anträge von internationalen Forschungsverbänden ein, von denen vier nun durch ein internationales Expertengremium zur Förderung vorgeschlagen wurden. "Wir brauchen einheitliche Meßmethoden und weitere Erkenntnisse darüber, wie sich das Plastik im Meer verbreitet, und wie es sich auf die marine Umwelt und letztendlich den Menschen auswirkt", sagte Bundesforschungsministerin Johanna Wanka. "Deutschland koordiniert zwei von vier Forschungsverbänden und nimmt damit eine Vorreiterrolle in der Forschung über die zunehmende Vermüllung der Ozeane ein." Die Gesamtfördersumme für die Ausschreibung im Rahmen der gemeinsamen europäischen Forschungsinitiative "Healthy and Productive Seas and Oceans" (JPI OCEANS) beträgt mehr als sieben Millionen Euro bis zum Jahr 2018. Zwei der ausgewählten Forschungsverbände werden von deutscher Seite koordiniert: Das Alfred-Wegener-Institut Helmholtz Zentrum für Polar- und Meeresforschung wird die Arbeiten zu den dringend benötigten einheitlichen Standards für Mikroplastik-Analysen und Meßmethoden leiten, und das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) wird die Forschung zu den Verteilungswegen, zum Abbau und zur Toxizität des Plastikmülls in den Meeren koordinieren. Die weiteren Themen zu den ökotoxikologischen Auswirkungen von Mikroplastik auf marine Organismen und Ökosysteme werden jeweils von Spanien und Norwegen geleitet. Insgesamt sind 51 europäische Institutionen in den vier Forschungsverbänden organisiert, die voraussichtlich Ende 2015 ihre Arbeit aufnehmen werden. Die Gefahr, die Abfälle im Meer, insbesondere Plastikabfälle, für das Leben und die Ökosysteme im Meer und an den Küsten und damit auch für die menschliche Gesundheit darstellt, wurde in der Abschlusserklärung des G7-Gipfels von Juni diesen Jahres als globale Herausforderung festgestellt. Der Schutz der Meere und die notwendige internationale Forschung hierzu ist daher auch Gegenstand des G7-Wissenschaftsministertreffens, das am 9. Oktober in Berlin stattfindet.
Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.bmbf.de/de/27277.php>
<http://jpi-oceans.eu/news-events/news/results-%E2%82%AC75-million-call-microplastics-published>
<http://www.bmbf.de/de/25947.php>
Pressekontakt
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Hannoversche Straße 28-30
10115 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 (0)30/18 57-50 50
Telefax: +49 (0)30/18 57-55 51
Mail: presse@bmbf.bund.de
URL: <http://www.bmbf.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

10115 Berlin

[bmbf.de](http://www.bmbf.de)
presse@bmbf.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

10115 Berlin

[bmbf.de](http://www.bmbf.de)
presse@bmbf.bund.de

Die Innovationskraft unseres Landes zu stärken, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und die Qualität der Bildung zu erhöhen, das sind die Ziele des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Wir wollen mit innovativen Technologien neue Märkte fördern und Forschung für den Menschen betreiben. Die Menschen in unserem Land sind die wichtigste Zukunftsressource. Es gilt, alle Talente zu fördern und Chancengleichheit zu verwirklichen. Deutschland soll innerhalb von zehn Jahren wieder zu einer der führenden Bildungsnationen werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird seit dem 22. November 2005 von Bundesministerin Dr. Annette Schavan geleitet. Bei ihren Aufgaben unterstützen sie die Parlamentarischen Staatssekretäre Thomas Rachel und Andreas Storm sowie die beamteten Staatssekretäre Michael Thielen und Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer. Das Bundesministerium mit seinen rund 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist in neun Abteilungen gegliedert.